



**Gottfried
Curio**

**Beatrix
von Storch**

**Götz
Frömking**

Unsere Kandidaten für den Bundestag!

Rote Karte für die Ampel: Sagt nein zu Masseneinwanderung und Heizungsklaus

Das böse Erwachen kommt. Die Bundesregierung hat seit dem Regierungswechsel 2021 eine Reihe von Gesetzen auf den Weg gebracht, die nun ihre fatale Wirkung entfalten. Insbesondere die Masseneinwanderung und die Energiepolitik führen zu Unsicherheit und Wohlstandsverlust, ja Verarmung.

Die Masseneinwanderung hat in den letzten Jahren zu einer Überlastung der Sozialsysteme und zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage geführt. Viele Bürger fühlen sich von der Bundesregierung im Stich gelassen und fordern eine Begrenzung der Zuwanderung. Die Bundesregierung hat jedoch bislang keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um die Masseneinwanderung zu begrenzen.

In Berlin erleben wir das ganz besonders. Denken wir nur an die Zunahme der Kriminalität und die Explosion der Kosten. Allein das Aufnahmezentrum in Tegel kostet den Steuerzahler mehr als eine Million Euro am Tag.

Und die Migrantenvelle rollt immer weiter, so hoch wie schon lange nicht mehr. Allein für das Jahr 2023 werden mehr als 300.000 Asyl-Erstanträge gemeldet. Der bereits gewaltige Behörden-Apparat zur Bearbeitung aller Anträge ist völlig überfordert. Die Zahl der Erstanträge hat sich um etwa 60 Prozent erhöht. 80 Prozent der Antragssteller sind Männer.

Auch die hohen Energiekosten und zuletzt das Heizungsgesetz setzen den Bürgern zu.

Ab dem 1. Januar 2024 müssen in den meisten Neubauten Heizungen mit 65 Prozent erneuerbarer Energie eingebaut werden. Altbauten sind langfristig umzurüsten. Deutlich höhere Kosten und ein Verlust an Komfort werden die Folge sein.

Die Migrantenvelle rollt immer weiter, so hoch wie schon lange nicht mehr.

Zugleich beschleunigt die Regierung den Kampf gegen herkömmliche Energiequellen und den Verbrennungsmotor, obwohl sie damit unsere Industrie gegen die Wand fährt. Immer neue Millionen an Steuergeldern werden für Klimaprojekte weltweit ausgegeben, aber zu Hause sind die Schulden- und Schattenhaushalte längst verfassungswidrig.

Nur wird der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit jedoch der demokratischen Opposition gemacht, um die Fehler der Machthaber vergessen zu machen. Das wird nicht funktionieren. Die Bürger haben das Spiel durchschaut und wenden sich

der echten Opposition zu: Die AfD ist in Umfragen allen Diffamierungen zum Trotz so stark wie nie.

Gehen Sie zur Wahl. Senden Sie den Mächtigen im Bundestag die Botschaft, dass es so nicht weitergeht. Deutschland hat eine bessere Regierung verdient. Ihre Stimme für die AfD – das ist die einzige Sprache, die die da oben verstehen!

Die Bundesregierung muss sich den Sorgen der Bürger stellen und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Masseneinwanderung zu begrenzen, und das Heizungsgesetz wieder abschaffen. Das sind nur zwei wichtige Punkte aus einer Vielzahl von notwendigen Forderungen.

~DR. KRISTIN BRINKER

**Wir brauchen
Neuwahlen!**

**10 PUNKTE FÜR
DEUTSCHLAND
LESEN SIE HIER
UNSER 10-PUNKTE-
SOFORTPROGRAMM
FÜR DEUTSCHLAND.**



Wer kann sich das Leben in Berlin noch leisten?

Viele Bürger fragen sich, ob sich Arbeiten in Deutschland noch lohnt.

Bürgergeldempfänger		Arbeitnehmer	
502 EUR	Regelsatz	2.520 EUR	Bruttolohn
- 0 EUR	Steuern und Sozialabgaben	- 772 EUR	Steuern und Sozialabgaben
- 0 EUR	Miete	- 745 EUR	Miete
- 0 EUR	Energiekosten	- 500 EUR	Energiekosten
- 200 EUR	Essen	- 200 EUR	Essen
- 100 EUR	Verkehr	- 100 EUR	Verkehr
202 EUR	Rest	203 EUR	Rest

Quellen:

1) Junge Freiheit: "Kein Auge für Arbeiter. Streit ums Bürgergeld", 30.09.2022

2) Destatis: "0,5 Millionen weniger Niedriglohnjobs im April 2022 gegenüber April 2018", 25.11.2022

In Berlin und in ganz Deutschland steigen die Lebenshaltungskosten stetig an. Das stellt die schrumpfende Mittelschicht und insbesondere Geringverdiener vor finanzielle Herausforderungen. Die Einkommen dieser Bevölkerungsgruppe, die strampelt, aber nicht mehr vorankommt, stagnieren. Doch gleichzeitig klettern die Preise für grundlegende Bedürfnisse – Miete, Energie und Lebensmittel – nach oben.

Was tut „unsere“ Politik? Sie erhöht das Bürgergeld um zwölf Prozent, während die Geringverdiener, oft Mindestlohnbezieher, nahezu leer ausgehen!

Lohnt es sich da noch, zur Arbeit zu gehen, fragen sich viele Bürger – und tun es dennoch, weil sie sich mit eigenen Händen ein wenig Wohlstand schaffen wollen. Dieser Wohlstand wird aber abgetragen: Die Mietpreise in Berlin haben Rekord-

niveau erreicht, und die Energiekosten sind für viele Angehörige der arbeitenden Schichten kaum bezahlbar.

Die Berliner müssen einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens für Heizung und Strom aufwenden – und der Winter steht vor der Tür. Wenn für immer mehr Bürger die nackte Realität „arm trotz Arbeit“ lautet, wird das Versagen der Herrschenden offenkundig.

Denn nicht erst jetzt, sondern über Jahre hinweg verschlossen sie die Augen vor den Tatsachen. Die politikergemachte Inflation treibt die Preise zudem weiter in die Höhe. Das bedeutet: Es geht längst nicht mehr um eine Verbesserung des Lebensstandards, sondern um den Kampf darum, den alten Lebensstandard zu bewahren!

Wenn für immer mehr Bürger die nackte Realität „arm trotz Arbeit“ lautet, wird das Versagen der Herrschenden offenkundig.

Das ist einer sozialen Marktwirtschaft unwürdig – so, wie es unwürdig ist, dass wir die Realität einer anwachsenden Kinder- und Altersarmut erleben müssen. Wir wissen: Kinder, deren Eltern geringe Einkommen erzielen, haben schlechtere Bildungschancen und damit eine unsichere Zukunft. Gleichzeitig vermissen immer mehr unserer Rentner ein würdevolles Leben im Alter. Die regierenden Parteien irren somit nicht auf einem Politikfeld, sondern auf fast allen: Energiewende, Migration, Klima, Rente, Sanktionen ... Es gilt mehr denn je: Wir brauchen den großen Politik-Reset.

~JEANNETTE AURICHT

Ausstieg aus dem Ausstieg

Wie wir die Revitalisierung der Kernkraft in Deutschland initiieren

Inspiziert von den historischen Wurzeln Berlins in der Kernforschung mit Otto Hahn und Lise Meitner, streben wir als AfD als Startpunkt für die Wiederbelebung der Kernkraft in Deutschland die Gründung einer „Nationalen Koordinierungsstelle für die Nutzung der Kernenergie“ sowie ein „Berliner Zentrum für Angewandte Energieforschung“ an.

Das geplante Zentrum soll Berlin nicht nur als Wissenschaftsstandort stärken, sondern auch als Vorreiter in der Nutzung fortschrittlicher nuklearer Energiekonzepte positionieren. Dieses Paket ist Teil einer breiten Initiative der AfD in Bund und Ländern zur zwingend notwendigen Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland.

Politisch markiert dieses Projekt unser Alleinstellungsmerkmal in der von der Regierung selbst verursachten Energiekrise. Die Wiederbelebung der Kernenergie, auf der Klimakonferenz in Dubai

zuletzt international gefordert, ist ein zwingendes Element zur Sicherstellung preiswerter Energieversorgungssicherheit in Deutschland.

Als Berliner AfD sind wir hiermit Vorreiter auch und gerade in Berlin gegen den Klimarettungswahn mit dem aus unserer Sicht verfassungswidrigen Klima-Sonderschulden-Senatspakt von CDU und SPD. Nur mit uns gibt es die grundsätzliche Politikwende weg von der ökosozialistischen Transformation hin zu wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Energiepolitik.

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL



Auf YouTube ansehen, einfach QR-Code scannen!

<https://www.youtube.com/watch?v=gw1DyDSUVw>



Nachbarschaft gegen Nachverdichtung

Asylbewerberunterkünfte statt bezahlbarer Wohnraum

Ein Asylbewerberheim mitten in einem begrünten Innenhof? Klingt verrückt, ist aber der Plan der Gesobau in einer Anlage am Pankower Schlosspark. An der Kavallerstraße sollen in Kürze 400 Asylbewerber untergebracht werden. Die Anwohner sind empört.

Die Nachbarn laufen seit 2019 Sturm gegen die Pläne. Nach langen Debatten hat die landeseigene Baugesellschaft Gesobau mit Rückendeckung des Senats vor einem Jahr entschieden, dass statt Wohnungen nun eine Asylbewerberunterkunft errichtet wird. Dann gilt Sonderbaurecht, was die Umsetzung des Projekts beschleunigt.

Die Bürger demonstrieren immer wieder vor dem Berliner Abgeordnetenhaus oder in ihrem Bezirk. Sie verlangen ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister, aber die Machteliten in Berlin verschließen sich jedem Dialog.

Der Bundestagsabgeordnete Götz Frömming machte sich selbst ein Bild vor Ort und kam zu dem Ergebnis: „Das sind die Auswirkungen der Migrationspolitik, die die Regierung gegen die eigene Bevölkerung durchsetzt.“



Pankower demonstrieren gegen das Nachverdichtungsprojekt (November 2023)

Im Abgeordnetenhaus wurde die Debatte dazu mit Geschäftsordnungstricks unterbunden. Jedoch: Wir werden die berechtigte Kritik der Anwohner an der Baumfällung, der Nachverdichtung und der gezielten Ansiedlung von Einwanderern im grünen Pankow anprangern und alles unternehmen, was in unserer Macht steht, um solche Bauprojekte aufzuhalten oder zu verhindern.

RONALD GLÄSER

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

- +49 30 23 25-2622
- info@afd-fraktion.berlin
- afd-fraktion.berlin
- twitter.com/afdfraktionagh
- facebook.com/AfDFraktionAGH
- youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin
- instagram.com/afdfraktionagh
- tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Unsere Konzepte zur Lösung der Wohnungsnot

Zur Lösung des Wohnungsproblems muss vor allem schnell und viel gebaut werden. Aber auch die illegale Massenmigration nach Berlin müssen wir zurückdrängen. Wir können nicht so schnell und viel bauen, wie durch die Migration gebraucht wird – und wo bleiben da die Berliner?

Schnelleres Bauen ist nur durch massives Zurückdrängen von Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften möglich. Die Berliner Verwaltung ist in allen Lebensbereichen zu einem unüberwindbaren Hindernis geworden. Unsere Art zu bauen ist zu komplex und zu teuer – ein Problem, welches uns auch in anderen

Zusammenhängen betrifft. Wir müssen überbordende Vorschriften ebenso zurückdrängen wie die weltmeisterliche Staatsquote für Steuern und Abgaben, damit den Bürgern – wie in anderen Staaten – mehr im Portemonnaie bleibt, um eigene Vorsorge treffen zu können.

- **Die Berliner Verwaltung ist in allen Lebensbereichen zu einem unüberwindbaren Hindernis geworden.**

Wir wollen die Grundsteuer abschaffen, die Grunderwerbssteuer für

Selbstnutzer auf null setzen, die Bildung von Eigentum auch für Menschen mit geringem Einkommen fördern und für die, die Mieter bleiben wollen, seriöse Genossenschaften fördern. Nur durch privates Bauen werden wir die Bedürfnisse der Berliner decken können. Die öffentliche Hand konzentriert sich auf die Unterbringung von Migranten und Sozialhilfe-Empfängern. Die hart arbeitende Berliner Bevölkerung zahlt mit ihren Steuern und Abgaben für ihre eigene Verdrängung aus dem Wohnungsmarkt. Dem wollen wir ein Ende setzen.

HARALD LATSCH

Grüne Welle der Vernunft: Hier will die AfD-Fraktion vorankommen

Die AfD fordert effiziente Baustellenkoordination und bedarfsgerechte Ampelsteuerungen

Das ist täglicher Verkehrsalltag für die Berliner. Hauptverkehrsstraßen, auf denen man eigentlich vor sich hin gleiten könnte, werden durch falsche Ampelschaltungen lahmgelegt.

Ein Großteil der heute existierenden Lichtsignalanlagen lässt eine dem Bedarf angepasste Steuerung zu, wurde aber in der Vergangenheit wieder abgestellt. Auch Zusatzsignalisierungen wie Geschwindigkeitsangaben für Auto- und Radfahrer sind mit wenigen Ausnahmen Fehlanzeige.

Autofahrer sind genervt, Fahrgäste von Bus und Straßenbahn sind betroffen, die Kosten für die BVG durch Wartezeiten an Knotenpunkten steigen, und eben auch Fahrradfahrer und Fußgänger werden beeinträchtigt, die entweder an zu langen Rotphasen warten oder zu kurzen Grünphasen „rennen“ müssen.

- **Autofahrer sind genervt, Fahrgäste von Bus und Straßenbahn sind betroffen, und eben auch Fahrradfahrer und Fußgänger, die entweder an zu langen Rotphasen warten oder zu kurzen Grünphasen „rennen“ müssen.**

Das Land Berlin muss also deutliche Anstrengungen unternehmen, die durch Stau- und Wartezeiten an lichtsignalisierten Knoten angehäuften Zeitverluste für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren. Insbesondere auch für den Wirtschaftsverkehr und somit für den hier ansässigen Mittelstand stellt die tendenziell sinkende Reisegeschwindigkeit in unserer Stadt ein massives wirtschaftliches Risiko dar.

Außerdem birgt das ständige Anfahren und Abbremsen deutlich mehr Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer.

Deshalb fordert die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus den Senat auf, technische Lösungen zur verkehrabhängigen Steuerung in Anwendung zu bringen, die darauf abzielen, einen stabileren Verkehrsablauf, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und den Abbau von Wartezeiten an Lichtsignalanlagen zu erreichen.

- **Es ist nötig technische Lösungen zur verkehrabhängigen Steuerung in Anwendung zu bringen, die darauf abzielen, einen stabileren Verkehrsablauf, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und den Abbau von Wartezeiten an Lichtsignalanlagen zu erreichen.**

Wir wollen bedarfsgerechte Steuerungen an Ampeln, deshalb fordern wir ein Pilotprojekt zur Prüfung des Einsatzes nachfragebasierter Detektion via Sensorik bzw. Kameras zur Steuerung der Ampelanlagen.

Die Übertragung von Informationen an Kraftfahrzeuge und Radfahrer über die nächsten Grünphasen soll durch Anzeigen auf der Straße, über die Navigationssysteme der Autos und insbesondere für Fahrradfahrer über eine App den Verkehrsteilnehmern zeigen, mit welcher Geschwindigkeit sie am besten und leichtesten vorankommen.

Wir wollen die Wiederherstellung bereits installierter, aber zwischenzeitlich abgestellter bzw. deaktivierter Steuerungen.

ROLF WIEDENHAUPT

Wir machen Berlins Verkehr flüssiger!





==== Berliner Hauptstraßen (Stand Januar 2023)

— Staubelasteter Streckenabschnitt

X. Platz im Ranking und Schwerpunkt



KARL-MARX-ALLEE

✓ **Platz 1** belegt die **Karl-Marx-Allee** in beide Richtungen.

Linker und muslimischer Antisemitismus Hand in Hand

Förderung postkolonialer Projekte endlich stoppen!



Foto: stock.adobe.com/KarenKoch.KV71DA

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel bricht sich ein nicht für möglicher gehaltener Judenhas auch in Deutschland Bahn. Ausgerechnet im Land des ‚Nie wieder‘ hat man über Jahre hinweg die Augen vor den Folgen des ‚importierten‘ Antisemitismus verschlossen, der insbesondere mit den illegalen Flüchtlingsströmen in unser Land kam.

Befeuert wird der neue Antisemitismus durch eine Allianz von muslimischen und linken Israelfeinden. Dabei ist diese Verbindung keineswegs neu. Bereits in den Sechziger- und siebzigerjahren verbündeten sich westdeutsche Linksextremisten mit palästinensischen Terroristen und koordinierten Anschläge.

In der DDR war es noch schlimmer. Während man sich nach außen antifa-

schistisch gab, wurden palästinensische Terroristen ausgebildet und mit Waffen versorgt. Und in West-Berlin machte der Judenhaser Dieter Kunzelmann, der verantwortlich für den versuchten Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße am 9. November 1969 war, Karriere bei den Grünen und wurde 2018 in allen Ehren als „großer Sponti“ (Jürgen Trittin) zu Grabe getragen.

Der Judenhas in den eigenen Reihen wurde von den Grünen niemals aufgearbeitet. Kein Wunder also, dass auf Neuköllns Straßen der Antisemitismus wieder fröhliche Urstände feiert und sich deutsche Linksradikale mit muslimischen Israelhasern verbrüdern.

Als Treibsatz für die Neuauflage der unheiligen Allianz von linkem und

muslimischem Antisemitismus erweist sich seit einigen Jahren die aus Amerika nach Europa geschwappte postkoloniale Theorie. Ging es anfangs noch darum, koloniale Verbrechen aufzuarbeiten, hat sich längst ein radikales Gebräu aus umgekehrtem Rassismus und Judenhas durchgesetzt, wobei Israel als Vorposten des Kolonialismus imaginiert wird.

- **Befeuert wird der neue**
- **Antisemitismus durch eine**
- **Allianz von muslimischen und**
- **linken Israelfeinden.**

Dass es so weit kommen konnte, ist ein Armutszeugnis für unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen. Denn gerade in akademischen Kreisen ist die Verwirrung der Geister durch postkoloniale Pseudo-Theoreme unübersehbar.

Die AfD fordert daher, die öffentliche Förderung aller postkolonialen Projekte umgehend zu stoppen und die illegale Masseneinwanderung endlich konsequent zu unterbinden. Nur so kann die gefährliche Melange aus linkem und muslimischem Antisemitismus eingedämmt und jüdisches Leben wieder sicherer werden.

MARTIN TREFZER

Und immer noch kein freier Termin beim Bürgeramt

Senat schwächt bei Digitalisierung

Beim Thema Digitalisierung kommt der Regierende Bürgermeister ins Schwärmen: „Berlin steht wie kaum eine andere Metropole für Innovation, Gründergeist, Vielfalt und Kreativität.“ Deswegen habe er das Thema zur Chefsache gemacht.

Leider hält die Wirklichkeit nicht mit den großspurigen Ankündigungen sämtlicher Regierungschefs im Roten Rathaus der letzten Jahre Schritt. Fakt ist: Die Digitalisierung kommt nicht voran.

Die Einhaltung der Vorgaben des eGovernment-Gesetzes? Gescheitert, weil die Ausschreibung für einen Teil der Software nicht korrekt war. Termin auf dem Bürgeramt? Immer noch Mangel-

ware. Einen Hochzeitstermin online ausmachen? Monate Vorlauf nötig, und bitte nur ohne ausländischen Partner, sonst wird es kompliziert.

- **In der Rangliste ist Berlin**
- **2023 auf den 24. Platz**
- **abgerutscht.**

In der Rangliste moderner Städte („Smart City Index“) des Digitalverbandes Bitkom ist Berlin 2023 auf den 24. Platz abgerutscht. Angeführt wird diese Liste von Städten wie München und Hamburg.

Das spiegelt die Wirklichkeit der Berliner Verwaltung wider. Wichtig wären

schnellere Prozesse, Konzentration auf das Wesentliche und eine generelle Reduzierung von Bürokratie.

Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, in denen wir nicht noch mehr Tempo benötigen. Weder sollen die technischen Möglichkeiten zur flächendeckenden Überwachung der Bürger eingesetzt werden, noch sollten Kinder und Jugendliche damit überfordert werden. Die AfD-Hauptstadtfraktion hat eigens einen Antrag eingebracht, der die Benutzung von Handys an Schulen unterbinden würde. Im Unterricht ist volle Konzentration gefragt – und keine digitale Ablenkung.

RONALD GLÄSER

Der lange Arm der Hamas wirkt bis Berlin

Die Ignoranz und Blindheit der Altparteien sind kaum noch zu ertragen

Die Hamas hat auf bestialische Weise vor allem Israelis massakriert oder entführt: Kinder, Frauen, Männer. Nachdem die Terroristen der Hamas zu Attacken auf Juden aufgerufen haben, kam es auch in Berlin zu antisemitischen Übergriffen.

Dass bislang weit über 1000 israelische Zivilisten hingemetzelt und Hunderte Zivilisten entführt wurden, lässt die Hamas in Berliner Straßen feiern. Das dürfe aber erst der Anfang sein.

Antisemitische Schmierereien, Plakatierungen und das Verbrennen von israelischen Flaggen sind nur Vorboten einer unheilvollen

Zukunft Berlins, wenn wir dem neu auflebenden Antisemitismus nicht entschieden den Kampf ansagen. Dass das iranische Mullah-Regime die Tötung von Juden offen begrüßt – Irans Geheimdienste wirken bis nach Berlin – scheint die mit Blindheit geschlagenen Altparteien nicht zu interessieren.

Die Terroristen der Hamas werten das als Zeichen der Schwäche einer verhassten christlich-jüdischen Gesellschaft. Es ist an der Zeit, mit der Hamas die Sprache zu sprechen, die sie versteht.

~ANDREAS OTTI



Foto: stock.adobe, RAW Digital Studio

Das muss am Görli passieren, damit der Park wieder sicher wird: Unser Sicherheitskonzept für den Görlitzer Park



Foto: stock.adobe, jaz_online

Gruppenvergewaltigungen, tägliche Gewaltvorfälle und eine offene Drogenszene - über die Probleme, die der Görlitzer Park verursacht, wird seit 14 Jahren gestritten. Im September diesen Jahres lud der Regierende Bürgermeister zum „Sicherheitsgipfel“ ins Rote Rathaus. Leider wurde unserer Bundestagskandidatin Sibylle Schmidt, die seit 14 Jahren die Drogenproblematik analysiert und bekämpft, die Teilnahme verweigert. Bis Anfang 2024 soll der Park eingezäunt und nachts verschlossen werden. Passiert ist bisher nicht viel.

Das Bezirksamt mit Bürgermeisterin Clara Herrmann (B90/Grüne) lehnt die Pläne ab. Das „nächtliche Abschließen“ des Parks sei „Symbolpolitik, die nicht dazu beitragen wird, die Situation vor Ort zu verbessern“. Eigene Vorschläge der Grünen: Fehlanzeige.

Die AfD Friedrichshain-Kreuzberg hat jetzt ein eigenes Sicherheitskonzept für

den Görlitzer Park erarbeitet, um zielgenau Verbrechen zu bekämpfen und Opfern der Bagatellisierung zu helfen. Seit Jahren steigt die Anzahl polizeibekannter Straftäter, die dort immer neue Straftaten begehen, ungehindert an: 2021 waren es noch 250 Personen, im August 2023 schon 404.

~CHRISTOPHER PETER

Einige unserer Vorschläge lauten:

1. Auflösung der offenen Drogenszene am Görlitzer Park durch eine Polizeiwache im ehemaligen Jugendzentrum Kreuzer.
2. Schließung des Parks so lange, bis das Image des europaweit bekannten Drogenumschlagplatzes zerstört und die Einnahmemöglichkeiten für Kriminelle vernichtet sind.
3. Einsatz von Drogenhunden. Die ausgebildeten Hunde erschnüffeln Verstecke und Händler.
4. Schnelle Verfahren durch eine Sonderkammer der Justiz. Ähnlich, wie bereits in New York praktiziert, könnte dies auch für schnellere Verfahren und Abschiebungen der zumeist abgelehnten Asylbewerber sorgen.
5. Eine freiwillige Reinigungsdemonstration, bei der die Bevölkerung aufgerufen wird, den Park von Drogen, Spritzen und Unrat zu reinigen.
6. Beitritt der Stadt Berlin zum Städtenetzwerk ECAD (European Cities against drugs).





10 Fragen für: Gunnar Lindemann

Gunnar Lindemann MDA,
geboren 1970 in Wuppertal, Eisenbahner

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Der schönste Platz ist am Plateau der Ahrensfelder Berge mit Blick über den Bezirk Marzahn
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Don't cry for me Argentina dazu ein Glas lieblicher Wein
- Im Radio hören Sie am liebsten...?**
Ich höre gar kein Radio.
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
Bei Jimmy an der Niemecker Straße.
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Die vielen grünen Erholungsflächen zum Wandern, Spazieren und Radfahren in Marzahn
- Und was ist das Schrecklichste?**
Das Schrecklichste ist der Görlitzer Park – ein Zeichen des totalen Versagens der Altparteien.
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**
Ich möchte für meinen Sohn und alle anderen Berliner unsere Heimat, unsere Tradition und unsere Kultur lebenswert erhalten.
- Was war ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**
Drei Mal in Folge meinen Wahlkreis Marzahn Nord direkt zu gewinnen. Herzlichen Dank allen Marzahnern dafür.
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
Nein.
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
Den links-grünen Spuk und die Zerstörung unserer Heimat durch diesen Senat beenden. Auch die Berliner CDU macht nur links-grüne Politik.

ANZEIGE

Wir wünschen
allen Berlinern
**Einen
warmen
Winter!**

**Jetzt noch rechtzeitig
Alternativen sichern!**



Besuchen Sie uns auf
www.warmerwinter.store

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX



**Mitmachen, Mitbestimmen,
Mitglied werden.**

**Werden Sie jetzt
Teil der Alternative
für Deutschland!**

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10787
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 18. DEZEMBER 2023

